

Zahnsteiner Tageblatt

Bezugs-Preis,
durch unsere Boten in's
Haus gebracht, monatlich
1.— Mk., bei der Post ab-
geschickt vierteljährlich 2.70 Mk.

Kreisblatt für den
Einziges amtliches Veröffentlichungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Er scheint täglich
erschienen. — Bezugspreis
die erscheinende Nummer 10
Mk., vierteljährlich 2.70
Mk., halbjährlich 5.40
Mk., jährlich 10.80 Mk.

Nr. 146.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schödel
(Hr. Fr. Schödel, Oberlöhle).

Freitag, den 11. Juli 1919.

Verantwortlich:
Schriftleiter Fr. Schödel, Oberlöhle.

57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen

Abschrift.

Das Kriegsgericht des Gener.-Anst. der 10. Armee fällt
in seiner Sitzung am 14. Juni 1919 folgende Urteile
über deutsche Untertanen.

Nr. und Namen der Angeklagten	Bezeichnung der Vergehen	Strafen
Mayer, Heinrich	Diebstahl	2 Monate Gefängnis
Mehl, Ludwig	Schleierei	2 Monate Gefängnis
Emmerich, Willi	Diebstahl	6 Monate Gefängnis, 25 Frs. Geldstrafe
Klingelhofen, Georg	Schleierei	1 Jahr Gefängnis, 100 Franken Geldstrafe
Frank, Philipp	Diebstahl-Versuch	1 Jahr Gefängnis
Hattenow, Louis	Anfertigung und Gebrauch von falschen Pässen	2 1/2 Jahr Gefängnis, 1500 Frs. Geldstrafe
Hornath, Fritz	Gebrauch falscher Pässe	2 1/2 Jahr Gefängnis, 1500 Frs. Geldstrafe
Reich, Ernst	Anfertigung falscher Pässe	18 Monate Gefängnis, 1500 Frs. Geldstrafe
Giel Maria	Gebrauch und Mitschuld am Gebrauch von falschen Pässen	3 Jahre Gefängnis, 1500 Frs. Geldstrafe
Wilschmitt, Anna	Mitschuld am Anfertigung von falschen Pässen	3 Jahre Gefängnis, 1500 Frs. Geldstrafe
Meckel, Fritz	Mitschuld am Gebrauch von falschen Pässen	3 Monate Gefängnis, 1000 Frs. Geldstrafe

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten

Die Uebergabe der Ratifizierungsurkunde.

Weimar, 10. Juli. Der Reichspräsident hat gestern
abend die Urkunde über die Ratifizierung des Friedens un-
terzeichnet, und unmittelbar darauf ist ein Kurier mit die-
ser Urkunde nach Versailles abgereist. Die Ratifizierungsur-
kunde wird noch heute in Versailles übergeben werden.

Die Verwaltung der Rheinlande.

Berlin, 10. Juli. Von Seiten der Entente ist, wie
die „Deutsche Allg. Ztg.“ erfährt, durch Dutaia die Mittei-
lung gemacht, daß die Verhandlungen über die Verwaltung
der Rheinlande unverzüglich beginnen sollen, und zwar
in Verbindung mit der Frage des Wiederaufbaues der
französisch-belgischen Kriegsgebiete. Gleichzeitig wurde
der Wunsch der Entente nach baldiger Wiederaufnahme der
diplomatischen Beziehungen mit Deutschland zum Aus-
druck gebracht.

Treu trotz Trennung.

Brüssel, 9. Juli. Der Bürgermeister von Neutral-
Moresnet richtete anlässlich der Unterzeichnung des Frie-
dens eine von Begeisterung und Loyalität überströmende
Rede an den belgischen König, die dieser durch den
Rabbiner des Ortes erwidern ließ. Aus den Kreisen Cuxen und
Walmei sind derartige Ausdrücke vollkommen ausge-
blieben.

Nachtrag zur Auslieferungsliste.

Versailles, 10. Juli. Die Liste der an die Alliierten auszuliefernden Deutschen wird in einigen Blät-
tern vervollständigt. Man findet darunter noch den Herzog
Albrecht von Württemberg (Mutter in Sonneby, Nie-
dermeßungen in Ramur), Generaloberst von Klud (der
Frauen und Kinder vor seinen Feinden hergetrieben habe),
General Liman von Sanders (Niedermeßungen in Ar-
menien und Syrien), Generalmajor Stengert (der am 28.
14 einen Armeekommando erhielt, wonach von diesem Tage
an keine Gefangenen mehr gemacht werden durften), Gene-
raloberst von Ostrowski (Pfländerung von Denzge, Er-

ziehung von 103 Zivilisten, General von Henß (Erschießung
von 111 Einwohnern von Arlon), sowie der Komman-
dant General Olsen (Kassel und Töberitz), Leutnant Rü-
diger (Niedersachsen), Major von Götz (Magdeburg), Ri-
meyer (Holzminde und Clausen).

Dynastische Klüfften.

Amsterdam, 10. Juli. Der „Telegraaf“ meldet
aus London: Im Unterhause fragte das Mitglied der Ar-
beiterpartei Thorne, ob Bonar Law sich bewußt sei, daß
in England und besonders in London eine Strömung ha-
gegen bestehe, daß der frühere deutsche Kaiser nach Lon-
don gebracht werde. Der Vertreter der Bergarbeiter Stan-
ton sagte, daß auch in der Provinz eine starke Strömung
dagegen sei. Der Sprecher verlangte, daß über die Kaiser-
frage augenblicklich nicht verhandelt werde. (Sollte König
Georg ein Veto eingelegt haben?)

Haag, 10. Juli. Wie das Niederländische Kor.-Büro
erfährt, ist an maßgebender niederländischer Stelle nichts
darüber bekannt, daß eine Note der Alliierten bezüglich der
Auslieferung des ehemaligen Kaisers an die Niederlande
abgefaßt wurde.

Nicht eskaliert.

Amsterdam, 9. Juli. Den englischen Blättern zu-
folge beantwortete die Regierung im englischen Unterhause
die Anfrage, ob das Flottenprogramm infolge der Ver-
sehrung der deutschen Schiffe in Scapa Flow abgeändert
werden wird, mit nein! Das Flottenprogramm für 1920 sei
bereits vor der Versenkung der deutschen Flotte anscheinlich
herabgesetzt worden.

Keine schwarzen Listen mehr.

Berlin, 10. Juli. Nach einer Meldung des „Newport
Herald“ hat der oberste Wirtschaftsrat der Alliierten be-
schlossen, gleichzeitig mit der Aufhebung der Blockade auch
die schwarzen Listen abzuschaffen, jedoch der deutsche Handel
auch in dieser Beziehung grundsätzliche Bewegungsfreiheit
erhalten werde.

Wilson's Ankunft in New York.

New York, 9. Juli. Wilson und seine Begleitung,
darunter seine Frau und Tochter, sowie der französische
Botschafter Jufferand, wurden bei ihrer Landung von der
Menge herzlich begrüßt. Die Nationalhymne wurde ge-
spielt, aber sonst fand kein Empfang statt. Man fuhr als-
bald im Wagen vom Kai in die Stadt. Der Gesichtsaus-
druck der Ankömmlinge spiegelte die Freude der Heimkehr
nach beendetem Kriegszustand wieder. Das Wetter war
prächtig und die Straßen reich geschmückt.

Der richtige Weg!

Berlin, 10. Juli. Im Laufe des Mittwochs war der
preussische Ministerpräsident Dircch mit den Mitgliedern
der preussischen Regierung in Weimar eingetroffen. Am
Abend fanden die angekündigten Besprechungen zwischen
der Regierung und den Vertretern der Provinz Schlesien
über die schlesische Frage statt. Auch Vertreter des aus-
wärtigen Amtes nahmen daran teil. Man ging mit dem
Plan um, Oberschlesien die Selbstständigkeit innerhalb des
Deutschen Reiches zu geben. Dieser Plan ist aber wieder
aufgegeben worden, und man trägt sich jetzt mit der Ab-
sicht, aus Schlesien eine eigene Provinz mit einer weit-
gehenden Selbstständigkeit innerhalb Preussens zu machen.
Eine Einigung war jedoch noch nicht zu erzielen. Die Re-
gierung glaubt, die Selbstständigkeitsbestrebungen in den
einzelnen Provinzen dadurch aus der Welt zu schaffen, daß
sie den verschiedenen Provinzen ebenso wie Schlesien eine
weitgehende Selbstständigkeit gibt. Die preussische Regie-
rung wird in den nächsten Tagen mit einem Programm an
die Öffentlichkeit treten, das sich in dieser Richtung be-
wegen wird.

Der Anfang.

Zürich, 10. Juli. Wie die Schweizer Berliner Ge-
landtschaft mitteilt, hat sie 70 000 Anträgen für Pässe von
Deutschen erhalten, die aus Deutschland auswandern wollen.

Ende der Streikunruhen in Italien.

Rom, 9. Juli. In allen größeren Städten, wie Turin,
Genua, Venedig, Palermo, Bologna, Mailand u. Florenz,
verließ der gestrige Tag ziemlich ruhig, ausgenommen in
Tarent und Catania, wo die Kundgebungen gegen die
Händler andauerten. Die Arbeiter haben die Arbeit über-
all wieder aufgenommen. Die Preismäßigung um 50
Proz. hat den Bankrott der Konsum-Genossenschaften zur
Folge.

Oberregierungsrat Springorum.

Der Verurteilung des Oberregierungsrats Springorum
in Wiesbaden durch ein französisches Militärgericht wegen
angeblicher Beteiligung an der Beförderung eines
Briefes ins besetzte Gebiet liegt folgender Tatbestand
zugrunde: Herr Springorum hatte auf Anordnung eines ho-
hen Berliner Staatsbeamten einen Brief zu dem Zweck ge-
schrieben, ein anderes Mitglied der Wiesbadener Regierung
von einem zu Unrecht auf ihm lastenden Verdachte zu be-

freien. Dieses Regierungsmitglied nahm als alleiniger
Interessent der Brief an sich, um die Richtigkeit seines In-
haltes durch den auf Urlaub befindlichen Regierungspräsi-
denten, mit dem er zur Besprechung dienstlicher Angelegen-
heiten sowohl im besetzten wie unbesetzten Gebiete öfters zu-
sammen kam, vorsichtshalber noch bestätigen zu lassen. Herr
Springorum hatte sich seitdem um diesen Brief, bei dem
es sich für ihn lediglich um die Erfüllung einer kollegialen
Pflicht handelt, nicht mehr bekümmert, bis er später hörte,
daß das Schriftstück jenem Regierungsmitglied auf einer
Autofahrt zu dem Regierungspräsidenten nach Homburg v.
d. S. an der Grenze bei Höchst abgenommen worden sei.
Der Regierungsrat hatte den Brief, weil zu einer dienst-
lichen Besprechung bestimmt, offen in einer Aktentasche mit
sich geführt. Nun wurde Herr Oberregierungsrat Springo-
rum zu einer überaus hohen Strafe verurteilt, während
der Regierungsrat als Beförderer und Interessent mit einer
verhältnismäßig geringen Strafe davonkam. Unmittelbar
nach der Gerichtsverhandlung wurde Herr Springorum
vom Amte suspendiert.

Keine Betriebsräte für die Landwirtschaft.

In den maßgebenden landwirtschaftlichen Kreisen wird,
wie den politischen Informationen mitgeteilt wird, die
energische Forderung erhoben, von einer Einführung der
Betriebsräte in der Landwirtschaft abzusehen. Die Landwirt-
schaft muß als Lebens-
wichtigster Erwerbszweig des deutschen Volkes zur Zeit
unter allen Umständen von Eingriffen verschont werden,
die in schädlichster Weise auf Produktion und Ernte ein-
wirken und damit zur Katastrophe führen müssen. Aller
politischen Weisheit Kern liegt jetzt in der Ernährungs-
frage. Wer dies begriffen hat, der muß seine Stimme
gegen „Betriebsräte in der Landwirtschaft“ erheben.

Berschiedene politische Nachrichten.

Berlin, 10. Juli. Mit dem heutigen Tage soll der
Straßenbahnverkehr in Berlin in den Grenzen des Mög-
lichen wieder aufgenommen werden. Der Reichsarbeits-
minister hat sich bereit erklärt, heute beide Parteien, die
Verkehrsgesellschaften und die Streikleitung, an den Ver-
handlungstisch zu bringen.

Berlin, 10. Juli. Die Amerikaner haben durch
den Obersten Charles E. Weybrecht dem Konsulat in
Rotterdam mitteilen lassen, daß am 28. Juni 2900 Deutsche
aus Charleston mit der Bestimmung Rotterdam abbe-
fordert worden seien. Ihre Ankunft wird um den 7.
Juli in Rotterdam erwartet.

Hannover, 9. Juli. Bei den Schießereien in der
vergangenen Nacht wurden zwei Personen getötet und vier
verwundet. Die Zahl der Opfer beträgt bis jetzt im gan-
zen fünf Tote und sieben Verwundete. Der Kommandie-
rende General hat die von den Vertretern der Arbeiter-
schaft beantragte Aufhebung des Belagerungszustandes ab-
gelehnt.

Hannover, 9. Juli. In der Bahnhofstraße kam
es heute nachmittags entgegen dem Verbot zu einer großen
Ansammlung. Als daraufhin eine Festnahme erfolgte nahm
die Menge eine drohende Haltung ein und wollte den Ver-
hafteten befreien. Es kam zu einer Schießerei, bei der
zwei Personen getötet wurden.

Weimar, 10. Juli. Die ober-schlesischen Abgeord-
neten der Nationalversammlung hatten gestern mit Vertre-
tern der Reichs- und preussischen Regierung eine längere
Besprechung mit dem Ergebnis, daß die Frage einer ober-
schlesischen Autonomie endgültig und in negativem Sinne
erledigt wurde. Selbst Zentrumsabgeordnete haben sich
dagegen ausgesprochen.

Wien, 10. Juli. Die Befreiung Oberschlesiens durch
amerikanische Truppen soll Mitte Juli erfolgen. Etwa
12 000 Mann amerikanischer Soldaten sind bereits auf dem
Wege von Frankreich nach Oberschlesien.

Danzig, 10. Juli. Die amerikanische Wareneinfuhr
nach Polen hat jetzt in größerem Umfange eingesetzt. 17
beladene Dampfer liegen bereits im Danziger Freihafen.

Stockholm, 9. Juli. Die bisher durch Valuta-
schwierigkeiten verzögerten Verhandlungen über Heringslie-
ferungen nach Deutschland sind glücklich abgeschlossen für
140 000 Taus. Verhandlungen über weitere Lieferungen aus
den Beständen der Teurungskommission schwächen und ver-
sprechen einen günstigen Ausgang.

Haag, 10. Juli. Aus Lugano wird gemeldet: Der
ehemalige deutsche Ministerpräsident Scheidemann ist in
Lugano eingetroffen, wo sich auch Orlando befindet. Man
erwartet, daß beide Staatsmänner eine Unterhaltung ha-
ben werden.

Lio de Janeiro, 10. Juli. Die brasilianische Regie-
rung hat beschlossen, die deutschen Matrosen in ihre Heimat
zu schicken. Diese werden mit den Dampfern des brasilianischen
Flotten reisen.

Die Nationalversammlung

Weimar, 9. Juli. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur

Ratifikation des Friedensvertrags.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß von der Deutsch-nationalen Volkspartei die folgende Entschliebung vorgelegt worden ist:

„Die Gesetzgebende Nationalversammlung wolle beschließen, die Ratifikation vorzunehmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, 1. daß vor dem Inkrafttreten der Artikel 227 bis 230 von Lehrern des Völkerrechts ein Gutachten darüber eingeholt wird, ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig oder üblich und gerechtfertigt erscheint, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorhergegangener angeblicher Verbrechen gegen das Völkerrecht einzusetzen und auf vorher noch nicht angebrocht gewesene Strafen zu erkennen; 2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Unteruchung der Frage von der Schuld am Kriege ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird.“

Zu dieser Entschliebung wird in der zweiten Lesung Stellung genommen werden.

Aus der Rede des Reichsministers Müller und den Ausführungen einzelner Abgg. können wir folgendes mitteilen:

Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten Müller: Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung hat Ihnen ein Gesetz über die Ratifikation des Friedensvertrags zur Beschlussfassung vorgelegt. Zum Friedensvertrag selbst haben Sie und wir bereits Stellung genommen, als es sich am 23. Juni um Unterschriften oder Nichtunterschriften handelte. Ich will darauf nicht mehr zurückkommen. Aufrechterhalten bleibt aber ebenso unsere Zusicherung der Vertragserfüllung bis zum äußersten. Wir müssen ohne Vorbehalt in die neuen Pflichten hineingehen. Inwiefern wir sie für unerfüllbar halten, haben wir ausgeführt, aber für die Grenze der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Wir alle, unser ganzes Volk, steht heute auf dem Aufbruch zu einem 40jährigen Marsch durch die Wüste, anders kann ich die kommende Zeit nicht nennen. Der erste Schritt auf dem Leidenswege ist die Ratifikation. Wir haben sie infolge der letzten Note Clemenceaus beschleunigt, weil uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt war. Neben der Gewissheit der Aufhebung der Blockade haben wir noch die Hoffnung auf die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen.

Wenn das Wort Friede nicht jeden Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe der Gefangenen jetzt erfolgen. (Lebhafter Beifall.) Es sind in weitgehendem Umfange Vorkehrungen getroffen, die Rückkehr der Kriegsgefangenen in ihre Heimat auf raschestem Wege zu ermöglichen, und es sind darüber hinaus noch alle Vorbereitungen getroffen, ihnen mit der Rückkehr auch Arbeit, Beruf und Verdienst zu sichern. (Lebhafter Beifall.) In diesem Zusammenhang möchte ich der Taten der Menschlichkeit gedenken, die unseren Kriegsgefangenen Erleichterung ihres harten Schicksals gebracht haben. Wir danken für die Fürsorge der neutralen Staaten, bei denen unsere Kriegsgefangenen Heilung und Erholung gefunden haben. Wir danken diesen Völkern und dem Papst von ganzem Herzen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken dem Roten Kreuz für die Sorgfalt und die Obhut, die unsere Kriegsgefangenen durch das Rote Kreuz erfahren haben. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen unsere Dankeschuld in Werken des Friedens abtragen. (Lebhafte Zustimmung.) Heute will ich nicht auf die Grundsätze eingehen, nach denen nach meiner Auffassung nach fünf Jahren des Krieges die deutsche Politik geleitet werden muß. Ich werde das im Anschluß an die programmatischen Erklärungen des Ministerpräsidenten im Verlaufe der nächsten Tage nachholen.

In Konsequenz der Beschlüsse des Hauses vom 23. Juni

und nachdem wir am 28. Juni den schweren Gang nach Versailles angetreten haben, legen wir Ihnen heute den Gesetzentwurf über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den verbündeten und vereinigten Mächten mit den zugehörigen Protokollen sowie die gleichzeitigen Vereinbarungen über die militärische Besetzung des Rheinlandes zur verfassungsmäßigen Beschlussfassung vor.

Kraepzig (Soz.): Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion: Wir stimmen der Ratifikation aus denselben Gründen zu, die uns neulich veranlaßten, der Regierung die Vollmacht zu erteilen, den Vertrag zu unterzeichnen.

Wir geloben heute: Die uns entrißenen Landsleute werden wir nie vergessen, sondern allezeit dafür sorgen, daß sie als Deutsche nicht zugrundegehen. (Beifall.) Unzerreißbar bleibt das Band mit den Deutschen in Oesterreich. Lebendig ist in uns die Hoffnung, daß alle Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts bald in einem Einheitsstaat vereinigt werden. Protest erheben wir auch gegen die Wegnahme unserer Kolonien. Wir Sozialdemokraten, vor allem Bebel und Liebknecht, haben diesen Weltkrieg bekämpft, lange bevor er ausbrach. Das deutsche Volk als solches wollte diesen Krieg nicht. Der Krieg war nicht das Werk einzelner Personen, sondern des imperialistisch-internationalistischen Kapitalismus.

Dr. Spahn (Ztr.): Wir stimmen dem Friedensvertrag zu. Es geschieht lediglich aus dem harten Zwang der Tatsachen, um das Reich vor Anarchie und Verfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sichern Untergang zu bewahren.

Schäding (Dem.): Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei erklärt, daß sie dem Gesetz über den Friedensvertrag nicht zustimmen kann. Sie überläßt vielmehr diese Zustimmung der Mehrheit des Hauses, die am 23. Juni die Regierung ermächtigt hat, diesen Frieden zu unterzeichnen.

Abg. Traub (Deutsch. Vp.): Im Namen der Deutsch-nationalen Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Unser Volk steht vor der letzten Entscheidung über die Besiegelung des deutschen Elends. Einmütig hat die Deutsch-nationale Fraktion beschlossen, der Ratifizierung des Friedensvertrages zu widersprechen. Wir sind uns der Folgen einer Ablehnung voll bewußt. Gerade deswegen aber lehnen wir die Verantwortung für diesen Vertrag ab. Die politische Auseinandersetzung mit der Regierung und mit den Parteien behalten wir uns vor.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages begräbt viele Illusionen. Die Illusion des Internationalismus ist zerstört. Die Einbildung, als ob durch die Revolution ein günstigerer Frieden erreicht werden könne, hat sich zum namenlosen Schaden für uns und für die kommenden Geschlechter als ein Wahn erwiesen. Der Vertrag ist unerfüllbar. Das werden wir immer wiederholen. Die deutsche Nationalversammlung, berufen als freie Männer und Frauen, würde sich schuldig machen, wenn sie die Ehre des deutschen Volkes nicht schützen wollte! (Stürmischer Beifall rechts.) Auch auf den Tribünen ertönt lebhafter Beifall u. Handeklatschen.)

Präsident Fehrenbach: Wenn die Tribünen sich nicht im Rahmen der Ordnung halten, werde ich sie räumen lassen.

Abg. Dr. Kahl (Deutsch. Vp.): Die Deutsche Volkspartei erklärt, daß sie ihre Zustimmung zur Ratifikation dieses Friedensvertrages nach bestem Wissen und Gewissen nicht zu geben vermag.

Abg. Henke (U.S.) erklärt im Namen seiner Partei deren Zustimmung zur Ratifizierung.

Abg. Winnig (Soz.) gibt im Namen der Abgeordneten des deutschen Ostens eine längere Erklärung ab. Unser unveräußerliches und unverjährbares Recht auf die Zugehörigkeit zum deutschen Mutterlande kann niemals gebrochen werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Alkotte (Zentr.) legt namens der Abgeordneten

und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland getrennten Gebiete Verwahrung ein.

Abg. Waldstein (Dem.) legt im Namen der Abgeordneten Schleswig-Holsteins Verwahrung ein gegen die Behandlung Schleswig-Holsteins im Friedensvertrage.

Präsident Fehrenbach: Sie haben die Vertreter der Gebiete, die von Deutschland losgerissen werden sollen, gehört, nur Schlesien-Vorbringen nicht. Wir werden ihnen treue deutsche Brüderschaft bewahren. (Langandauernder Beif.)

Die erste Beratung ist geschlossen.

Es folgt die zweite Beratung des Ratifizierungsgesetzes.

Inzwischen haben die Deutsch-nationalen ihre Entschliebung umgeändert in einen Abänderungsantrag zum Gesetzentwurf selbst, sodaß dieser lauten würde: „Der Unterzeichnung des Friedensvertrages werde zugestimmt unter den Vorbehalten, wie sie in der Entschliebung ausgesprochen sind.“

Abg. Schiffer (Dem.): Wir werden gegen den Antrag stimmen.

Abg. Gröber (Ztr.): Eine Reservatio zu dem Gesetzentwurf über den Friedensvertrag kann es in diesem Augenblick nicht geben. Heute heißt es nur: entweder dafür oder dagegen stimmen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn. Vp.): Wir lehnen nach wie vor den Friedensvertrag ab und wollen nur noch in letzter Stunde versuchen, zu verbessern. Unser Antrag ist der letzte Schrei eines Volkes nach Gerechtigkeit, das dem Untergange bestimmt ist.

Minister des Auswärtigen Müller: Ich bedaure ganz außerordentlich, daß wir auch in dieser historischen Stunde Parteigezänk erleben müssen. Im übrigen glaube ich, die Zeit der Vorbehalte ist vorbei.

Abg. Dr. von Delbrück (Dn. Vp.): Unser Antrag ist schon gestern in der Fraktion beschlossen worden. Wir wollen in letzter Stunde nochmals versuchen, in irgend einer Form vor unseren Kaiser und unsere Heerführer zu treten und das Herz unserer Feinde zu erweichen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Heinke (Deutsche Vp.): Meine Fraktion bedauert diesen Antrag, der Mißstimmung herbeigeführt hat. In der Ablehnung des Friedensvertrages ist meine Fraktion einig.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages der Deutsch-nationalen Volkspartei und die Annahme des Ratifizierungsgesetzes ohne Aenderung.

In der dritten Beratung wird das Gesetz betreffend die Ratifizierung des Friedens mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen.

In der Nachmittags-sitzung wird die Beratung der Steuervorlagen fortgesetzt und beendet. Die Vorlagen werden an Ausschüsse überwiesen.

Fortsetzung: Donnerstag 3 Uhr.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 11. Juli.

Fahrplan. Ab 1. Juli verkehren von Oberlahnstein nach Niederlahnstein, bezw. Coblenz-Ehrenbreitstein folgende Züge: 518 W nach Ehrenbreitstein, 631 T nach Coblenz, 657 nach Coblenz, 1049 nach Ehrenbreitstein, 1210 T nach Coblenz, 1254 W T nach Coblenz, 146 W T nach Coblenz, 232 T nach Coblenz, 404 nach Ehrenbreitstein, 421 T nach Coblenz, 635 T nach Coblenz, 722 T nach Niederlahnstein-Ems, 802 nach Niederlahnstein, 940 nach Niederlahnstein. Rheinaufwärts verkehren 505 bis Camp 720 bis Wiesbaden, 919 T bis St. Goarshausen, 1153 T bis Okerfpe, 1148 bis Wiesbaden, 426 T bis St. Goarshausen, 603 bis Wiesbaden, 736 T bis St. Goarshausen, 900 T bis St. Goarshausen.

Belohnung. Da die Ausfuhr deutscher Zahlungsmittel verboten ist, so liegt gegenwärtig ein großer Anreiz für die Umgehung des Verbotes vor; zur wirksamen Bekämpfung des verbotenen Verkehrs mit Papier-

Endlich setzte sie sich an ihren Schreibtisch und schrieb an Linden:

„Geliebter Freund! Heute endlich habe ich eine Freudenbotschaft für Sie! Nachdem ich bereits alles aufgegeben, Reinhold Beestow, unser Glück, seine und unsere Zukunft, hat er mit seinem Bilde, das er unter unfähigen Mühen geschaffen, einen Riesenerfolg erzielt. Er muß furchtbar gerungen haben; denn er ist herunter, kaum zum Wiedererkennen. Aber ein Licht strahlt aus seinen Augen, das mir und allen, die ihn näher kennen, die Hoffnung einflößt, daß er eine große Zukunft vor sich hat. So weit wäre nun alles gut, mein Freund, und doch wage ich nicht aufzuatmen. Es ruht wie die Ahnung kommenden Unheils auf mir, eines Verhängnisses, das ich selbst herausbeschworen. An jenem Tage, als Beestow sich mit Ihren Vorbeeren schmückte, packte mich kleinlicher Zorn, und da habe ich Tondorf unbedachtweise alles verraten, sogar den Namen der Dame, deren Porträt nach wie vor jeden entzückt. Ich fühle mich so schuldig, Ihrer unwert, tief unglücklich. Was soll ich tun? Darf ich länger in dem Hause bleiben, dessen Gastfreundschaf ich monatelang genossen? Ich komme mir oft wie eine arglistige Heuchlerin vor; denn Beestows ahnen ja nichts davon, daß gerade Sie es sind, der meinem Herzen so nahe steht. Sollte ich nicht endlich Farbe bekennen? Reinhold ist ein so gütiger, hochherziger Mensch, der des Lobes voll war über Ihr ausgestelltes Bild, es für wertvoller erklärte, als sein eigenes Werk. Auch ich beglückwünsche Sie zu dem herrlichen Werk. Mir zaubert Ihre „Burgruine“ die Erinnerung an Tage des reinsten, friedlichsten Glückes hervor. Doch über all meine Freude ziehen die dunklen Schatten, welche ich durch meine vorjüngliche Zunge herausbeschworen. Raten, helfen Sie mir! Geben Sie bald Nachricht Ihrer Lehnspflichtig darauf wartenden Marion!“

Erst nachdem sie sich dies alles von der Seele her untergeschrieben, fand die junge Frau Schlaf.

(Fortsetzung folgt.)

Glühender Lorbeer.

Roman von A. Seyffert-Ringer.

30) (Nachdruck verboten.)

Sie hatte Tondorf unter den Ankommenen bemerkt und wartete nun mit einer unbeschreiblichen Spannung darauf, daß er kommen und sein Urteil, an dem ihr so viel gelegen, abgeben sollte.

Ihre Aufregung hatte sich kaum ein wenig gelegt, da hörte sie schon seine Stimme, er kam mit einigen anderen Herren zusammen, von gleichgültigen Dingen plaudernd. Man hatte ihn förmlich hierher zerren müssen, warum sollte er irgendein Bild bewundern, welches Beestow nicht gemalt hatte, nicht gemalt haben konnte!

„Donnerwetter!“ hörte Marion da plötzlich seine hohe, scharfe Stimme, „Donnerwetter — am Ende kann der Kerl, der Beestow, doch was — das ist — gar nicht so übel!“

Wie Marion erbebte, o wie die Freude in ihr aufkammte, daß dem Ringenden endlich Lohn und Sieg ward!

Die Schleppe hatte sie fest an sich gedrückt, durch einen winzigen Spalt der Gardine spähte sie in Tondorfs Gesicht. Er hatte die Brauen hochgezogen, ein selbstvergeßenes Lächeln umspielte seine dünnen Lippen, so partiellos bewunderte er das Gemälde.

Umständlich setzte er den goldenen Zweifler auf, war gleich darauf in kritische Betrachtung versunken.

Nach einer Weile wandte er sich den Damen und Herren, welche gleichfalls bewundernd das Bild umhänden, zu:

„Eine Ueberraschung, meine verehrten Freunde, und zwar so groß, wie ich nie eine erlebt! Es ist ein echter Beestow, ich kenne seine Manier. Sieh einer an, aus dem talentlosen Kiedler ist etwas geworden! Eine ehrliche, anerkanntswürdige Arbeit, nach der wir wohl noch Größeres von Beestow erwarten können.“

„Daß Beestow sich aber ostentativ allen Rundgebungen entzieht, begreife ich nicht,“ sagte jemand, „man möchte

dem Manne doch mal die Hand drücken, ihm die Begeisterung, welche man ihm entgegenbringt, zeigen.“

Tondorf zuckte hämisch die Achseln. „Wo denken Sie hin! Für den Mann existieren gewöhnliche Sterbliche überhaupt nicht. Er macht sich rar und läßt sich wie ein Stern aus der Ferne bewundern. Die Gunst des Publikums kann er entbehren, er lebt ja von dem Gelde seiner Frau!“

Sie entfernten sich, andere kamen und gingen, bewunderten und kritisierten; unauffällig schlüpfte Marion aus ihrem Versteck. Sie war so voll Freude, daß sie am liebsten gleich zu ihrem Schwager ins Atelier geeilt wäre, um ihm die frohe Botschaft zu bringen, daß sein erklärter Feind, der kritische Tondorf, ihn bedingungslos anerkannte.

Nun würde es auch dahin kommen, daß niemand mehr die Autorschaft seiner Signora bezweifelte. Dann hatte Reinhold seine Schuld gelohnt. Und wenn er mit seiner Malkunst Erfolg hatte, mußten auch die gehässigen Stimmen verstummen, die ihm jetzt den Reichtum seiner Frau zum Vorwurf machten.

Heimlich drückte sie ihrer Schwägerin die Hand. „Es ist ein vollkommener Erfolg. Thulsi, du kannst mit deinem Künstler zufrieden sein!“

„Ach, Marion, wenn ich Reinhold hier an meiner Seite hätte, mein Glück wäre vollkommen!“

„Du darfst dich darum nicht weniger glücklich schätzen, Liebe, daß Reinhold sich den zweifelhaften Glückwünschen eurer Bekannten entzieht. Ein Salonheld wird er niemals werden.“

„Rein, nein, leider nicht. Und ich würde so gern ein wenig mit ihm paradiere.“

Nach diesem Freudentag fand Marion keine Ruhe. Als alle schon schliefen, brannte noch die Lampe in ihrem Zimmer. Lange schritt sie auf und ab. „Erlöst!“ jubelte es in ihr, „erlöst!“ Das Glück wollte sie wie ein goldiger Strom übersfluten, doch da war ein Hemmnis, eine verborgene Schuld, die alles eindämmte.

geld und Wertpapieren sind von der Zollbehörde Belohnungen bis zu 10 Prozent der Beträge ausgesetzt, die durch gerichtliches Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden. Diese Belohnungen können jedem zugewilligt werden ohne Rücksicht, ob er Beamter ist oder nicht. Im gleichen Rahmen gewährt der Reichsfinanzminister aus Reichsmitteln Belohnungen, wenn auf Grund des Gesetzes über das Verbot des Agiohandels mit deutschen Banknoten und Darlehensscheinen vom 1. März 1919 durch gerichtliches Urteil Beträge für dem Reiche verfallen erklärt werden, ebenso wenn dies geschieht auf Grund der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalwanderung ins Ausland, auf Grund der Verordnung über die Ausgestaltung der Statistik der Warenausfuhr sowie auf Grund des § 4 des Gesetzes über die Einziehung von Schiffscheinen, Dankscheinen und Zahlungsmitteln beim Grenzübertritt nach dem Ausland.

Brilletts. Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß morgen für die Buchstaben M bis O Brillettsbezugscheine verabsolgt werden, wenn die betreffenden seit 1. Mai noch keine Brennstoffe erhalten haben.

(1) Ungarische Vermögensschaften, Wertpapiere usw., die im Besitze von nichtungarischen Staatsangehörigen sind, müssen bis zum 31. Juli d. Js. in Wien angemeldet sein, andernfalls Forderungen auf die in Frage kommenden Objekte für ungültig erklärt werden. (Siehe auch Anzeige des Bankgeschäftes E. Herz.)

(2) Alle Kriegserwitwen, die wieder geheiratet haben, oder heiraten wollen, erhalten auf Antrag bei der Ortspolizei (Wohlfahrtsamt) eine Rentenabfindungssumme. Im Hinblick auf den Zweck der Maßnahmen (Erläuterung der Wiederheiratung) ist jedes Gesuch in wohlwollender Weise ohne jede Engherzigkeit zu prüfen. Feindliches Eindringen in die Privatverhältnisse, namentlich des Bräutigams oder eines Ehemannes, ist zu vermeiden.

Stechbrief. Der Arbeiter Müller Andreas, geb. 6. 7. 1900 zu Bubenheim, zuletzt in Oberlahnstein wohnhaft, wird wegen Diebstahls stechbrieflich verfolgt.

Niederlahnstein, den 11. Juli.

(3) Postverkehr. Brief-, Geld- und Paketsendungen an die in England internierten Besatzungsangehörigen des Internierungsverbandes unterliegen bis auf weiteres den Bestimmungen, die über den Postverkehr mit Kriegsgefangenen erlassen und an den Schalteraushängen der Postämter einzusehen sind. Bis die Aufschrift der einzelnen Internierten den Angehörigen bekannt wird, ist folgende Aufschrift zu wählen: Interniertenföndung. Beispiel: An den Matrosen Walter Schmidt, vom Linien- schiff "Baden" durch The Prisoners of War Information Bureau 40 Wellington Street, Strand London WC.

Aus Nah und Fern.

Selters, 10. Juli. Pferdiebstahl. Von einer Reihe des Hofgutes Adenroth bei Selters sind am 7. Juli vier Pferde gestohlen worden und zwar ein jähriger Fuchs eine amerikanische braune Stute, ferner eine Fuchsstute, sowie eine schwarze Stute. Sämtliche Pferde hatten einen Stern. Auf die Wiederherbeischaffung der Tiere wird eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Wiesbaden, 10. Juli. Der älteste Sohn des Berliner Oberbürgermeisters Bermuth, Landrat Bermuth, ist gestern in Wiesbaden an den Folgen einer Halsoperation nach längerer Krankheit gestorben.

Wiesbaden, 10. Juli. In der oberen Adelheidstr. verfuhrte sich dieser Tage eine Frau, Mutter von 4 Kindern, aus Schwermut durch Gifvergiftung das Leben zu nehmen; sie befindet sich jedoch bereits wieder auf dem Wege der Besserung.

Frankfurt a. M., 9. Juli. Der Magistrat verlangt von der Stadtverordnetenversammlung eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen an das städtische Personal, die 4 Millionen Mark umfassen und eine weitere Heraushebung der bereits mit 315 v. H. vorgeschlagenen Einkommensteuersätze auf 325 v. H. erfordert. Die Vorlage wurde nach langen, vorwiegend parteipolitischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen einstimmig angenommen.

Frankfurt, 10. Juli. Zu dem Brand in Bebra wird in einer amtlichen Mitteilung der Eisenbahndirektion Frankfurt noch mitgeteilt, daß die Frachtlagehalle und die Feuertrappe vollständig niedergebrannt und 150 in der Halle zum Umladen bereitgestellte, zum Teil mit wertvollem Stückgut beladene Eisenbahnwagen verbrannt sind. Es war bei dem herrschenden Sturm nicht möglich, die in der Halle lagernden Güter und die Wagen zu retten. Der Schaden ist sehr groß; seine Höhe ist noch nicht ermittelt. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat bisher keine Anhaltspunkte ergeben, die auf böswillige Brandstiftung schließen lassen.

Kreuznach, 10. Juli. Der Viehbestand im Kreise Kreuznach hat sich nach der letzten Zählung wieder merklich gehoben.

Wasserliesch b. Trier, 9. Juli. Auf entsetzliche Art ums Leben gekommen. Beim Kriegsspiel wurde ein jähriger Viehhüter von seinem Spielfameraden auf tödliche Weise getötet. Der Junge stieß dem Unglücklichen seinen Stock ins Auge und rief ihm beim Zurückgehen das Auge und Teile des Gehirns aus dem Kopf. Jammernd blieb der Blutüberströmte liegen, während die Raben davonliefen. Ein älterer Bruder fand den Wimmernden hinter einem Strauche liegen, wo er vor wahnhaften Schmerzen den Kopf in die Erde gewühlt hatte und nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Im Trierer Krankenhaus, wohin der Verwundete gebracht wurde, starb er unter großen Qualen.

Berlin, 10. Juli. Ein Explosionsunglück ereignete sich gestern in der Berliner Kunstfeuerwerkerei von Deichmann u. Co. bei Weisensee. Dort entzündete sich durch Unachtsamkeit eine große Anzahl für die Heeresverwaltung bestimmter Explosivstoffe. Durch die Gewalt der Explosion flogen zwei Schüsse in die Luft. Drei Personen wurden dabei getötet und mehrere verwundet.

Regensburg, 9. Juli. Der großindustrielle Kommerzienrat Laug, der Vorsitzende der oberpfälzischen Handelskammer, erschloß sich wegen der traurigen deutschen Wirtschaftslage.

Zürich, 10. Juli. Der Schweizer Leutnant Bider, der als erster sowohl die Alpen, als auch die Pyrenäen überflogen hat, ist bei einem Fluge über Dübendorf tödlich verunglückt.

Konstantinopel, 10. Juli. Der seit dem Jahre 1917 andauernde Brand der Naphthaquellen der Stadt Grogus verschlingt täglich für Millionen Naphtha.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 10. Juli. Der Abgeordnete Professor Dr. Moldenhauer von der Deutschen Volkspartei hat in der preussischen Landesversammlung eine Interpellation eingebracht über die angeblichen Versuche des heftigen Ministerpräsidenten Ulrich, eine Republik Großheffen zu errichten, der auch südliche Teile der Rheinprovinz und von Hessen Nassau angehören sollen.

Berlin, 10. Juli. Wie nunmehr feststeht, wird der Stichtag für die große Vermögensabgabe der 31. Dezember 1919 sein. Dieser hätte Zeitpunkt ist gewählt worden, um einmal die Vermögensverluste infolge des Krieges und der Revolution zu berücksichtigen und andererseits nicht nur die Kriegsgewinne, sondern auch die Revolutionsgewinne fassen zu können.

Weimar, 10. Juli. Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat zu ihrem Ersten Vorsitzenden den Abg. Schiffer gewählt. Der weitere Vorstand besteht aus den Abgg. Dr. Raumann, Peterlin und Hartmann.

Münster, 10. Juli. Der Oberpräsident hob die Anordnung seines Vorgängers vom 24. Juni, welche die Höchstpreise für Milch und Butter heraufsetzte, auf.

Amsterdam, 10. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus New York, daß das englische Luftschiff R 34 gestern abend um 11 Uhr 57 Minuten die Rückfahrt nach Schottland angetreten hat.

Schweiz, Grenze, 10. Juli. Der Neuen Korrespondenz zufolge wurden durch Verordnung der französischen Regierung nahezu alle Einfuhrverbote aufgehoben.

Schweiz, Grenze, 10. Juli. In Jaffa traf ein amerikanischer Untersuchungsausschuß ein, der die Lage in Palästina zu beurteilen hat. Der Nouvelle Correspondenz zufolge ist festgestellt worden, daß Jaffa das Protektorat Englands wünsche, während sich Bethlechem und Jerusalem an Syrien anlehnen möchten.

Unsere Kriegsgefangenen in Südfrankreich.

Bern, 10. Juli. Nach dem Bund werden zurzeit mit den schweizerischen Bundesbahnen wegen der Heimbeförderung deutscher Kriegsgefangenen aus Frankreich Verhandlungen gepflogen. Da sehr viele deutsche Kriegsgefangene in Südfrankreich untergebracht sind, wird es sich voraussichtlich um bedeutende Transporte handeln.

Die Aufhebung der Zensur.

Bern, 9. Juli. Der Lyoner Progrès meldet aus Paris, der Fünferat habe einen Beschluß gefaßt, der von großer Wichtigkeit für Deutschland sei. Er habe nämlich bestimmt, daß die Aufhebung der Blockade selbsttätig auch die Aufhebung der Zensur bedeuten soll. Blockade und Zensur standen bisher unter der Aufsicht des Obersten Wirtschaftsrats.

Die Wirkung der Aufhebung der Blockade.

Berlin, 10. Juli. Von unterrichteter Stelle wird gemeldet, daß nach der Ratifizierung des Friedens durch die Nationalversammlung die Aufhebung der Blockade und der bisherigen Handelsbeschränkungen spätestens am Sonntag erfolgen werde. Die unmittelbare Wirkung dieser Aufhebung wird ein starker Zugang von Waren und Lebensmitteln aller Art nach Deutschland sein, die in den letzten Monaten von privaten Firmen in den neutralen Ländern eingekauft worden sind.

Genf, 10. Juli. Wie aus Paris gemeldet wird, soll gleichzeitig mit der Aufhebung der Blockade die Aufsicht abgeschafft werden, die bisher vom Obersten Wirtschaftsamt ausgeübt wurde. Danach würde es jedem Franzosen freistehen, mit deutschen Geschäftsleuten und Unternehmern in Verbindung zu treten.

Die zukünftige Verwaltung im linksrheinischen Gebiet.
Saag, 9. Juli. Die Times schreibt in einem Artikel über die Verwaltung des linksrheinischen Gebietes, diese werde von einem Ausschusse der Verbandsmächte übernommen werden, der seinen Sitz in Koblenz hat und die Verwaltung durch Vermittlung der deutschen Behörde ausüben wird.

Steuererweigerung als Besatzungskostenersatz.

Berlin, 10. Juli. In der preussischen Landesversammlung haben die Abgeordneten Janßen und Dr. Schloßmann folgende kleine Anfrage eingebracht: Ist es der Regierung bekannt, daß die Stadtverordnetenversammlungen in Ohligs und Hückelberg ebenso wie die Gemeindevertretungen in Wiesdorf, Monheim und Hildorf beschloffen haben, an den Staat keine Staatssteuern mehr abzuführen, weil bis jetzt trotz den wiederholten zusagehaften Erklärungen der Regierung in der Landesversammlung noch keine Rück- erstattung der durch die Besetzung entstehenden Kosten erfolgt ist? Was gedenkt die Regierung zu tun, um diese Gemeinden vor dem drohenden Bankrott zu bewahren?

Einverleibung Elsass-Lothringens in Frankreich.

Strasbourg, 10. Juli. Die Einbeziehung Elsass-Lothringens in den französischen Staatsverband wird durch einen feierlichen Akt im ehemaligen Kaiserpalast in Strasbourg erfolgen. Als Termin ist der Tag vorgegeben, der der Ratifikation des Friedensvertrags durch das französische Parlament folgt. Der Generalkommissar Millerand leitet die Feier, welcher voraussichtlich auch Clemenceau, Foch und mehrere französische Heerführer sowie Vertreter der Verbandsmächte beizubewohnen werden. In einer amtlichen Erklärung wird gesagt werden, daß von diesem Tage an alle in Elsass-Lothringen weilenden, aber auch außerhalb des Landes sich aufhaltenden Elsass-Lothringer als französische Staatsangehörige zu betrachten seien.

Lebensmittel für Deutschland.

Haag, 10. Juli. Im Hafen von New York liegen seit mehr als einer Woche 40 Schiffe mit Nahrungsmitteln, die für deutsche Häfen bestimmt sind; sie sollen, sobald die Blockade eingestellt wird, ausfahren. Wahrscheinlich werden einige dieser Schiffe schon vorher New York verlassen, um bei Aufhebung der Blockade in den Hamburger Hafen einzulaufen.

Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Haag, 10. Juli. Die französische Regierung ist, wie verlautet, der Ansicht, daß die Zulassung eines deutschen diplomatischen Vertreters in Frankreich nicht möglich, bevor das Friedensabkommen in Wirkung tritt. Wahrscheinlich wird Frankreich vorläufig auch noch nach der Ratifikation des Friedensabkommens in Berlin durch einen Geschäftsträger vertreten sein und mit der Ernennung eines Botschafters so lange warten, bis die Bestimmungen des Vertrags durchgeführt sind.

Die amerikanische Demobilisierung.

Haag, 10. Juli. Aus New York wird gemeldet: Von den 4 Millionen Mannschaften, die zur Zeit des Waffenstillstandes im amerikanischen Heer dienten, sind über 3 Millionen demobilisiert. Am 1. Juli befanden sich noch in Europa 419 000 Mann.

Die Unruhen in Italien.

Bern, 10. Juli. Aus mehreren Städten Oberitaliens wird ein Wiederaufflackern der Teuerungsumulte gemeldet. Nach Mailänder Nachrichten sind die Verhandlungen bei den römischen Arbeitskammern mit den Behörden und Geschäftsleuten gestern gescheitert. Für Rom ist der sofortige Gesamtausstand beschloffen worden. Ganz Apulien ist von der Bewegung ergriffen, wo laut Avanti bereits Truppen zusammengezogen werden. Auch in Sizilien mehren sich die Unruhen.

Bekanntmachungen.

Brilletts.

Am Samstag, den 12. Juli 1919 werden für die Buchstaben M, N, O, P und Q Brillettsbezugscheine für diejenigen ausgegeben, die seit dem 1. Mai 1919 noch keine Brennstoffe erhalten haben.

Die Lebensmittellisten sind mitzubringen.

Oberlahnstein, den 11. Juli 1919.

Die Ortskohlenstelle.

Die Ortskohlenstelle ist nur von 2—5 Uhr nachm. geöffnet.

Holzversteigerung.

Am Mittwoch, den 16. Juli d. Js.,

vormittags 9 1/2 Uhr

anfangend, werden nachbezeichnete Hölzer öffentlich meistbietend versteigert:

6 Raum.	District Ahlerwald 57a
4 "	Eichenrollschicht,
20 "	Eichenschichtschicht,
81 "	Hainbuchenrollschicht,
	Eichen- und Buchenschicht- und Knäppel-
	holz (Knorrig und Anbruch),
87 "	Reisernknäppel.

Zusammenkunft zur festgesetzten Zeit am Bollgrund.

Oberlahnstein, den 9. Juli 1919.

Der Magistrat: de Boys.

Holzversteigerung.

Am Freitag, den 18. Juli d. Js.,

vormittags 9 Uhr

anfangend, werden folgende Hölzer öffentlich meistbietend versteigert:

3 Raum.	District Steinweg 97
18 "	Hainbuchenrollschicht,
18 "	Lindenschicht- und Knäppel,
18 "	Eichenschicht- und Knäppel (Knorrig
	und Anbruch),
116 "	Buchenschicht- und Knäppel (Knorrig
	und Anbruch),
228 "	Reisernknäppel.

Zusammenkunft an den Wassertrögen am District Steinweg zur festgesetzten Zeit

Oberlahnstein, den 9. Juli 1919.

Der Magistrat: de Boys.

Die Hühnerhalter werden hiermit erneut auf die Ab- lieferungspflicht der Eier aufmerksam gemacht.

Im anderen Falle haben die Hühnerhalter Strafmaß- nahmen zu gewärtigen.

Die Eier sind auf dem Bürgermeisteramte, Zimmer 10, abzuliefern.

Niederlahnstein, den 7. Juli 1919.

Der Magistrat.

Statt besonderer Anzeige.

Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, gestern Abend 9 $\frac{1}{2}$ Uhr unsere gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante

Frau Barbara Neuffer

geb. Ahlbach

nach kurzem Leiden, öfters gestärkt durch die Tröstungen der hl. Kirche, infolge Altersschwäche im 84. Lebensjahre in ein besseres Jenseits abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Josef Neuffer.

Oberlahnstein, Hadamar, Neustadt a. d. S., den 10. Juli 1919.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause Hochstraße 3a aus statt. Das feierliche Seelenamt am Montag, den 14. Juli, morgens 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutscher Eisenbahner-Verband (Orisgruppe Oberlahnstein).

Sonntag, 13. Juli cr., nachm. 2 Uhr

Versammlung

in der Gastwirtschaft „Grenbach“.

Referent: Kollege Kall von Coblenz.

Bollständiges Erscheinen erforderlich!

Der Vorstand

Saeth, Vorsitzender.

1351]

Rogenschirme

Grösste Auswahl - Billigste Preise

C. Schwedhelm

Oberlahnstein, Hochstrasse 31-33.

Neue Sendungen

1346

Kaffee, gebrannt

das Pfund Mk. 9.7 Mk. 8.

Kakao, garantiert rein

das Pfund Mk. 10.

Kaiser's Kaffeegeschäft G. m. b. H.

Über 1000 Filialen.

Filiale: Oberlahnstein, Hochstrasse 10.

Schöne Auswahl in

Damen-Blusen

in Seide u. Wolle in bester Verarbeitung empf.

Rudolf Neuhaus, Braubach.

la Bohnen-Kaffee

Bebr. per Pfund 13,50 Mark

A. Straub, a. d. Diez Lahn

Kräftiger anständiger

Junge

kann in die Lehre treten

Brot- und Feinbäckerei

Adam Wagner, St. Goarshausen.

Darüber auch ein sauberes,

fleißiges

Dienstmädchen

gesucht.

1303

Geld in jeder Höhe

monatl. Rückzahlung

erleihen sofort

N. Blume & Co. Hamburg 5.

Lüchtig. Mädchen

welches etwas kochen kann und

alle Hausarbeit versteht, zum 1.

August gegen hohen Lohn gesucht

Schuhhaus Cornelius,

Coblenz, Böhrstraße 51.

Geiber

Haarpfeil

verloren Gegen gute Belohnung

abzugeben a. d. Geschäftsst. 1353

Kaffierseife

zu haben bei

Mareiner, Burgstraße 29.

Fußbodenöl

(Mineralöl)

empfehlen

Franz Diehl,
St. Goarshausen.

Schnupftabak

(echter bayr. Schmalzer) eingetr.

Mareiner, Burgstraße 22.

Gebe für 1 Pfd. Zucker

3 Pfd. Stachel- od.

Johannisbeeren

ab

Stall 35 1344

Kaufstets Zucker

N.-Lahnstein, Brückenstr. 4.

1. Etage.

Ein Paar neue weiße

Damen halbschürche

Nr. 40 preiswert zu verkaufen

Adolfstraße 46. 1354

Ein Zylinderhut

weicher schwarz. Filzhut

(fast neu) Größe 56/57 zu verk.

Näh.: Geschäftsstelle. 1356

Schwarze holländische

Ruh,

hochtragend, zu verkaufen

Wasse, Viebrichthof

1331 bei Friedrichsfeld.

Eine gute

Fahrer

zu verkaufen bei

Christ. Bernhardt, Maststätten.

Zwei sprunghafte

Eber

zu verkaufen Jacob Galtzöfer,

Bauwirt, Hattenhausen, Post

Oberhof (Bahn). 1350

7 schöne, junge, diesjähr.

Hühner

1 Saanen-Ziegenlamm,

1 Läuferfischwein

zu verkaufen.

Näheres i. d. Geschäftsst. 1349

Ein neuer Eisenbahn-

Extra-Rock

zu verkaufen. Näheres in der

Geschäftsstelle. 1328

Möbl. Zimmer

zu vermieten

zu erf. i. d. Geschäftsstelle. 1355

Place d' Oberlahnstein.

Bekanntmachung.

Das französische Nationalfest

am 14. Juli

wird von der Garnison des 77. Infanterie-Regiments
in folgender Weise gefeiert:

Sonntag, 13. Juli 4 $\frac{30$ Uhr nachmittags **Konzert** im Schillerpark

8 $\frac{30$ „ abends **Fackelzug**

10 $\frac{30$ „ „ **öffentlicher Ball** im

Garten des „Deutschen Hauses“ (franz. Militärkapelle)

Montag, 14. Juli 9 Uhr morgens **Festgottesdienst** in der

Katholischen Kirche

2 $\frac{30$ „ nachmittags **Sportfest** in Nieder-

Lahnstein

9 $\frac{30$ „ abends **Nachtfest a. Rheinaufer.**

Bemerkung: Während dieser beiden Festtage ist der Ver-
kehr der Zivilbevölkerung bis 1 Uhr morgens
gestattet

Der Platz-Kommandant.

1340

Niederlahnstein!

Arbeiter und Angestellte, Pensionäre, Bürger
und Bürgerinnen.

Zwecks Zusammenschlusses zum Beitritt zu einer Konsum-Genossenschaft findet
am Sonntag, den 13. Juli, nachmittags 3 Uhr
im „Kaffener Hof“ in Niederlahnstein eine von der Befehlungsbehörde ge-
nehmigte

Versammlung

statt.

Zahlreiches Erscheinen besonders der Hausfrauen liegt im eigenen
Interesse. Die Einberufer. 1340

Gemäß Verordnung der ungarischen Räteregierung
haben alle **nichtungarischen** Staatsangehörigen zur
Wahrung ihrer Interessen ihre
ungarischen Vermögensschaften (Wertpapiere usw.)
bis spätestens 31. Juli 1919

in Wien anzumelden.

Wenn jemand die für die Anmeldung festgesetzte Frist
versäumt, so wird seine auf den Besitz von ungarischen
oder in Ungarn befindlichen Vermögensobjekten gegründete
Forderung als ungültig erklärt.

Anmeldungen zur Weitergabe nimmt entgegen

Edgar Herz Bankgeschäft.

Hemdentuche

1a. Qualität

8.80 7.80 8.80 11.00 12.00

Hemdenbliser

weiss

7.80 8.80 u. 16.80

Hemdenbliser

farbig

8.80 9.80

Blusen-Flanelle

9.80 12.40 14.80

Jakob Rüdell, Oberlahnstein

Telefon 143.

Kleider-Siamosen

100 cm breit,

12.50 13.50 16.80

Wasch-Cattune

gemustert und gestreift

80 cm breit

7.50 7.80

Soeben neu eingetroffen:

Covercoats

150 cm breit,

reine Wolle